

Positionspapier für eine soziale Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

1. Ausgangslage

1.1 Situation der Umwelt in Deutschland

1.2 Rolle der Landwirtschaft

1.3 Auswirkungen der deutschen Landwirtschaftspolitik auf die Welt insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer

1.4 Alle Verursacher des Klimawandels einbeziehen

2. Ziele einer sozialen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

2.1 Klima- und Umweltziele

2.2 gesunde Lebensmittel und Tierwohl

2.3 Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen

2.4 schnellstmögliche Umsetzung der Energiewende

3 „Wege/Rahmenbedingungen“

3.1 gesetzliche Vorgaben

3.2 Im- und Exportpolitik

3.3 Fördermechanismen

3.4 Bewusstsein schaffen

1 Ausgangssituation

1.1 Situation der Umwelt

Der Zustand der Umwelt in der BRD ist bei genauem Hinsehen sehr problematisch. Zwar gelang es in den letzten Jahrzehnten durch gezielte wirksame Maßnahmen der Politik viele Verbesserungen herbeizuführen wie z.B. der Bau von Kläranlagen die Gewässerqualität ebenso verbessert hat wie die Filteranlagen der Chemischen Industrie, aber gerade im Bereich der Artenvielfalt, des Schadstoff- und CO₂-Ausstoßes oder der Qualität und auch Quantität des Grundwassers werden eklatante Probleme sichtbar. Deutschland durchläuft derzeit ein EU-

30 Vertragsverletzungsverfahren wegen des extrem hohen Nitratgehalts des
31 Grundwassers. Ein weiteres droht wegen der Phosphatbelastung ebenso wegen des
32 hohen Ausstoßes an Ammoniak (NAK-Richtlinie). Auch sollte gemäß der
33 Wasserrahmenrichtlinie die Qualität der Oberflächengewässer bereits deutlich
34 verbessert worden sein. Dieses Ziel haben wir nicht erreicht. Hauptgründe für diese
35 Probleme liegen in der Landwirtschaft. Das Ausbringen der Gülle aus der Tierhaltung
36 als auch der Gärreste der Biogasanlagen führt zu einer extremen Überdüngung der
37 Böden, die die Nährstoffe nicht mehr aufnehmen können und diese dann in das
38 Grundwasser abgeben. Hinzu kommen Importe von Gülle gerade im grenznahen
39 Bereich zu den Niederlanden.

40 **1.2 Rolle der Landwirtschaft**

41 Die Landwirtschaft in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen
42 Strukturwandel durchlaufen. Die ehemals eher kleinbäuerlichen Strukturen in
43 Westdeutschland mit multiplen Produktionsformen gingen immer mehr in
44 spezialisierte mittel- und großbäuerliche Betriebsformen bis hin zu
45 Agrarunternehmen über. Tierhaltung wird in vielen dieser Unternehmen ohne Boden-
46 und Ackerfläche betrieben, Tiernahrung folglich hinzugekauft. Dieser Wandel wurde
47 durch die Agrarpolitik sowohl des Bundes als auch der EU gefördert bzw. noch
48 beschleunigt. Hinzu kamen die Strukturen der Ostdeutschen Länder, in denen so gut
49 wie kaum mehr Kleinbauern zu finden sind. Als Nachfolgeunternehmen der
50 ehemaligen LPGs der DDR bestehen sie fort. Als Folge beobachten wir einen
51 Wertewandel, der Land und die Tiere nur noch als Betriebsmittel versteht.
52 Gewinnoptimierung wird zur Maxime und möglichst hohe Subventionen werden als
53 Ziel angestrebt. Damit geht eine geringe Wertschätzung der Umwelt und des
54 ökologischen Gleichgewichts einher.

55 War das Bestreben der Bauern früher darauf ausgerichtet, ihren Nachkommen ein
56 fruchtbares Stück Land zu hinterlassen, so geht es heute hauptsächlich nur noch um
57 die Frage, wie der größte Ertrag erzielt werden kann und somit der „Hof“
58 wettbewerbsfähig ist. Der Einsatz von chemischen Düngemitteln und
59 Pflanzenschutzmitteln gilt als selbstverständlich, egal ob dadurch die Artenvielfalt auf
60 der Strecke bleibt oder der Boden durch die ständige Bebauung zum großen Teil in
61 Monokultur ohne Fruchtfolge ausgelaugt wird. einer der Hauptakteure dieser
62 Entwicklung ist der Deutsche Bauernverband. Der Interessenverband, der die
63 meisten Mitglieder unter den vielen kleineren Landwirten hat, vertritt hier
64 hauptsächlich die Interessen der großen Bauern und Agrarfabriken. Bestes Beispiel
65 dafür ist sein beharrliches Festhalten an der „Hofabgabeklausel“, um dadurch
66 Kleinbauern, die keine Nachfolge oder Pächter finden, ihren Anspruch auf die von
67 ihnen durch Beiträge erworbene Anwartschaft auf die Rente zu verwehren. Das
68 verbleibende Geld in der Rentenkasse kann so auf weniger Anspruchsberechtigte
69 aufgeteilt werden. Auch wehrt sich der Deutsche Bauernverband vehement gegen
70 eine Reduzierung der Gelder der 1.Säule, aus der die Prämien pro Hektar bezahlt
71 werden, zugunsten einer Umschichtung in die 2.Säule, um dadurch z.B. ökologische
72 Leistungen oder Programme für kleinere Betriebe aufzulegen. Durch dieses Prinzip
73 erhält derjenige, der sowieso schon viel besitzt, noch mehr und der Strukturwandel
74 wird weiter angeheizt. Gerade zur Förderung des Ökologischen Landbaus sind aber
75 mehr Gelder in der 2. Säule dringend notwendig.

76 Wir streben ein gemeinsames politisches Forum aus Landwirtschaftsverbänden und
77 Umweltverbänden an, um möglichst durch Konsenspolitik Verbesserungen für die
78 Landwirte zu erzielen.

79 **1.3 Auswirkungen der deutschen Landwirtschaftspolitik auf die Welt** 80 **insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer**

81 Doch nicht nur für Deutschland bringt diese Landwirtschaftspolitik Probleme, sondern
82 auch für die Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Kohärenz zwischen
83 Entwicklungsförderung, Fischerei und Landwirtschaftspolitik besteht z. Zt. nicht.
84 Durch die starke Exportorientierung der deutschen Landwirtschaft werden nicht nur
85 die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf einen Tiefstand gesenkt, sondern auch
86 viele Kleinbauern gerade in den Afrikanischen Staaten ihrer Existenzgrundlage
87 beraubt. Bestes Beispiel dafür ist die Produktion von Geflügelfleisch in Deutschland.
88 Bei uns bevorzugt der Konsument das Brustfleisch des Hähnchens, was dazu führt,
89 das durch Züchtung Tiere mit solch großen Brüsten entstanden, die nur noch durch
90 enormen Einsatz von Schmerzmitteln gehalten werden können. Das Skelett der Tiere
91 ist dem nicht gewachsen. Ein Großteil dieser Schmerzmittel wird ausgeschieden und
92 geht über die Ausbringung der Gülle wieder ins Grundwasser über. Die restlichen
93 Hähnchenteile, die in Deutschland nicht nachgefragt sind, werden zu Spottpreisen in
94 Afrikanische Staaten verkauft, was den dortigen Wettbewerb so verzerrt, dass die
95 ortsansässigen Hühnerzüchter nicht mehr existieren können. (auch aus diesem
96 Grunde gelangen die ihrer Existenz beraubten Bauern als sogenannte
97 Wirtschaftsflüchtlinge zu uns nach Deutschland, weil sie im eigenen Land verhungern
98 würden.)

99 Außerdem werden die Landwirte in den sogenannten Schwellenländern von der
100 Deutschen Entwicklungshilfe beraten, möglichst viel Pestizide und
101 Pflanzenschutzmittel einzusetzen, was der Chemischen Industrie zugutekommt. Die
102 Mittel werden mit Flugzeugen großflächig und mit der 15fachen Dosierung
103 ausgebracht. Für die dort lebenden Menschen bedeutet dies ein enormes Risiko an
104 Krebs zu erkranken oder missgebildete Kinder zur Welt zu bringen. Die Ernte
105 wiederum, zumeist auch noch genetischverändertes Soja, wird dann nach Europa
106 exportiert und hier hauptsächlich in der Schweinemast eingesetzt, sodass wir diese
107 Gifte wieder zu uns zurückholen. So schließt sich der Kreis. Unlängst hat die
108 Argentinische Regierung den Frauen abgeraten, Tampons zu verwenden, weil diese
109 durch die Verwendung der Gen-Baumwolle einen extremen Gehalt an Glyphosat
110 aufweist, das im Verdacht steht krebserregend zu sein.

111 Wir fordern, dass alle Verursacher des Klimawandels einbezogen werden. Dies gilt
112 insbesondere für

- 113 • die Energiewirtschaft
114 Wir setzen in Deutschland noch immer mit 85 % auf fossile Energieträger und
115 nur mit ca. 15 % auf erneuerbare Energien.
- 116 • den Verkehr, insbesondere auf der Straße

117

118 **2 Ziele einer sozialen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik**

119 **2.1 Klima- und Umweltziele**

120 Auf dem Klimagipfel in Paris wurden in diesem Jahr Klimaziele für das Jahr 2050
121 festgelegt, die weitreichender sind, als alles bisher vereinbarte und weltweit als
122 großer Erfolg gefeiert werden. Nun müssen die Staaten aber auch den Weg
123 einschreiten, diese Ziele zu verwirklichen, damit der Gipfel nicht als Show-
124 Veranstaltung in die Geschichte eingeht. Das Deutsche Umweltministerium unter der
125 Leitung von Barbara Hendricks war nicht nur auf dem Gipfel einer der Vorreiter,
126 sondern hat auch bereits durch Experten Vorschläge erarbeiten lassen, wie die
127 Klimaziele zu erreichen sind.

128 Ein großes Kapitel gehört dabei der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft hat
129 insbesondere durch ihre intensive Tierhaltung einen großen Anteil am Ausstoß
130 klimaschädlicher Gase. Grundsätzlich sollte darüber nachgedacht werden, ob die
131 Produktion solcher Mengen an Fleisch überhaupt nötig ist. Übermäßiger
132 Fleischgenuss ruft erwiesenermaßen gesundheitliche Schäden bei den Menschen
133 hervor. Eine wichtige Forderung ist die Bindung der Tierhaltung an die Fläche.
134

135 Betriebe mit über 1000 Großtiereinheiten können kaum noch Land vorweisen, da
136 Futtermittel zum großen Teil durch Import gekauft und später auch die Gülle
137 abtransportiert wird. Gerade um das Grundwasser vor extremer Nitratbelastung zu
138 schützen, muss die Ballung von Tierhaltung in bestimmten Gebieten reduziert
139 werden. Neben Nitrat werden von der Massentierhaltung auch andere Einträge
140 sowohl in die Gewässer als auch in die gesamte Umwelt verursacht. Phosphate aber
141 auch Hormone und Medikamente wie Antibiotika oder Paracetamol verunreinigen
142 unser Trinkwasser und führen zu Keimresistenzen. Um die Gesundheit von Mensch
143 und Natur zu schützen ist hier ein sofortiges Umdenken erforderlich. Des Weiteren
144 muss die Grünlandbewirtschaftung sowie die Weidehaltung gefördert werden, auch
145 wenn letztere zu einem unkontrollierten Ammoniakausstoß führt, bleibt dies immer
146 noch die natürlichste Form der Tierhaltung. Wir müssen den Weg weg von der
147 intensiven Tierhaltung zur extensiven, wo immer es möglich ist, gehen. Grünland
148 bindet ebenso wie Torf das CO₂ am besten und fördert die Humusbildung. Gerade in
149 Zeiten von extremen Hochwasserkatastrophen muss der Umbruch von Weide in
150 Ackerland und die fortschreitende Bodenerosion durch Stürme dringend vermieden
151 werden. Der Anbau von Hecken als natürliche Acker- und Weidenbegrenzung muss
152 forciert werden.

153 Klima und Umweltschutz muss als politische Querschnittsaufgabe in allen
154 Politikfeldern formuliert werden.

155 Wir fordern

- 156 • Mikroplastik und Nanotechnik zu begrenzen, zu filtern und zu steuern
- 157 • Binnenschifffahrt auf unseren Wasserstraßen fördern. Überprüfung, ob für
158 den Transport von Waren und Gütern rückgebaute Gewässer, erneut für die
159 Binnenschifffahrt erschlossen werden können.
- 160 • Schiene statt Straße
- 161 • Erhöhung der LKW Maut
- 162 • Einführung einer Bemannung der Überlandbusse
- 163 • Nachhaltige Siedlungsentwicklung
- 164 • Nachhaltigen Personenverkehr
- 165 →Fußgängerverkehr
- 166 →Ausbau der E-Mobilität
- 167 →Radverkehrsstrategien
- 168

170 2.2 gesunde Lebensmittel und Tierwohl

171 Statistiken belegen, dass die Lebenserwartung der Menschen an ihr Einkommen
172 gekoppelt ist, was bedeutet, dass diejenigen, die über weniger Einkommen verfügen,
173 früher sterben. Die Qualität der Lebensmittel spielt hierbei neben dem Zugang zu
174 bester medizinischer Versorgung eine entscheidende Rolle. Menschen, denen nur
175 wenig Geld zum Kauf ihrer Nahrung zur Verfügung steht, greifen eher zu vermeintlich
176 preiswerten Produkten. Fertigprodukte, deren Inhaltsstoffe häufig nicht den
177 Richtlinien einer gesunden Ernährung entsprechen, werden bevorzugt. Werbung und
178 die Aufmachung der Produkte suggeriert ein besonders hochwertiges Produkt oder
179 gar ein „Modeprodukt“ zu erwerben. Im Sinne von einem Einklang von Mensch und
180 Natur muss die Herstellung von Bioprodukten besser gefördert werden, damit der
181 Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle möglich ist.

182 Die SPD plädiert deshalb schon lange für ein sogenanntes „Ampelmodell“, bei dem
183 die Menschen auf den ersten Blick erkennen können, ob ein Produkt eventuell
184 Gefahren für ihre Gesundheit z.B. durch einen hohen Salz- oder Fettgehalt birgt. In
185 diesem Zusammenhang müssen insbesondere - aber nicht nur - Kinder geschult
186 werden, welche Lebensmittel gut oder schlecht für ihre Gesundheit sind. Das über
187 Generationen vermittelte Wissen über Ernährung geht rapide verloren. Besonders
188 betroffen sind hiervon gerade die unteren Einkommensschichten.

189 Hinzu kommt, dass Grenzwerte für Pestizide und Herbizide immer mehr angehoben
190 werden. Den VerbraucherInnen wird so eine vermeintliche Sicherheit suggeriert, die
191 von Behörden und Ämtern wie dem BfR nahezu willkürlich festgesetzt wird. Gerade
192 am Beispiel Glyphosat zeigt sich, dass Rückstände dieser Wirkstoffe in unseren
193 täglichen Lebensmitteln wie dem Brot vorkommen, ohne dass die Menschen sich
194 dessen bewusst sind. Die intensive Tierhaltung birgt Gefahren für die Gesundheit der
195 Menschen. Geflügel, Schweine und Rinder die in großen konventionellen Betrieben
196 gehalten werden, bekommen Medikamente, die beim Verzehr aber auch durch
197 Ausscheidung in das Grundwasser gelangt auf den Menschen übergehen. Die
198 schlecht kontrollierte Verabreichung von Antibiotika führt bereits dazu, dass sich
199 resistente Keime entwickelt haben, die dann bei Mensch und Tier zum Tode führen
200 können. Das Medikament wird zumeist nicht nur dem erkrankten Tier verabreicht,
201 sondern prophylaktisch dem ganzen Stall. Geflügel ist so überzüchtet, dass
202 möglichst viel Brustfleisch gebildet wird, dass das Knochengerüst nicht mehr in der
203 Lage ist, dieses schmerzfrei zu tragen. Die Tiere erhalten Paracetamol, ein gängiges
204 Schmerzmittel auch in der Humanmedizin. Bei empfindlichen Menschen kann das zu
205 Magenblutungen führen. In der BRD sterben bereits heute mehr Menschen an
206 Magenblutungen durch Schmerzmittel als an der Grippe. Wenn man diese
207 Zusammenhänge betrachtet, ist die Forderung nach mehr ethischer Tierhaltung nicht
208 nur als Tier- sondern auch als Menschenschutz zu verstehen.

209 Die halbherzigen Programme der Lebensmittelindustrie in Zusammenhang mit dem
210 Einzelhandel sind nur Augenwischerei, die vom Verbraucher auch durchschaut wird,
211 weil der Nutzen von ein paar Stricken als Spielzeug für die Schweine z.B. äußerst
212 gering ist. Hier muss der Gesetzgeber die Normen entsprechend festlegen und nicht
213 nur der Forderung nach viel billig produziertem Fleisch nachgeben. Ebenso muss der
214 Gesetzgeber die Rahmenbedingungen der Lebensmittelkontrolle überdenken, um
215 solche Skandale wie „Bayern-Ei“ und „Gammelfleisch“ zu vermeiden. Dass die
216 Kontrolle durch die Amtstierärzte in den Schlachthäusern nicht funktioniert, erkennt
217 man z.B. daran, dass ca. 70% der Geflügelfleischproben mit Bakterien belastet

218 waren, die nur im Darm vorkommen. Hiervor müssen wir unsere über 80 Millionen
219 Verbraucher schützen.
220 Um lange Transportwege unserer Lebensmittel aus landwirtschaftlicher Produktion
221 zu vermeiden fordern wir eine Hinwendung zur Markthallen- und Marktplatzkultur um
222 regionale Fleisch- und Wurstprodukte, Gemüse- und Obst anbieten zu können.
223 Kleingärten für die ökologische Versorgung ihrer Pächter wollen wir stärken. Die
224 Umwandlung der Schrebergärten in Wohnbebauung etc. wollen wir untersagen.
225

226 **2.3 Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen**

227 Die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Landwirtschaft haben sich in den
228 letzten Jahrhunderten zwar durch den Einsatz von Maschinen und chemischen
229 Mitteln verbessert, an der sozialen Schieflage hat sich nichts geändert. Die Besitzer
230 der Großbetriebe schöpfen gute Gewinne ab und sei es nur durch die
231 Subventionszahlungen der EU, die Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz und die
232 abhängig Beschäftigten, vor allem die ungelernten Saisonarbeiter aus Osteuropa,
233 verdingen sich zu menschenunwürdigen Bedingungen.

234 Man denke nur an den Aufschrei aus der Landwirtschaft bei der Einführung des
235 Mindestlohns und der damit zusammenhängenden Aufzeichnungspflicht der
236 Arbeitszeiten zurück. Die rumänischen, bulgarischen oder polnischen Saisonarbeiter
237 schufteten 12 - 16 Stunden am Tag, sieben Tage pro Woche für einen geringen Lohn.
238 Für den Schlafplatz in einem Container, der ihnen weniger Platz als einem Huhn im
239 Käfig bietet, wird ihnen ein beträchtlicher Teil ihres Verdienstes abgezogen. Hinter
240 vorgehaltener Hand begründet, dass sie damit immer noch viel mehr als in ihren
241 Heimatländern verdienen würden. Ihre Lage hat sich durch die Einführung des
242 Mindestlohns geringfügig verbessert. Der Zoll kontrolliert und kann Verstöße gegen
243 das Arbeitsschutzgesetz anzeigen. Noch immer herrschen proletarische Verhältnisse
244 und alles, weil der Markt nach immer billigeren Lebensmitteln nachfragt und unsere
245 Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nur so konkurrenzfähig sei.

246 Auch die Situation der Kleinbauern hat sich in den letzten Jahren dramatisch durch
247 den Preisverfall bei Grundnahrungsmitteln wie Milch oder auch Schweinefleisch
248 verschlechtert, was viele dazu bewegt aufzugeben. Oftmals wurden sie von den
249 Banken nach der Beendigung der Milchquotierung gedrängt, ihre Ställe zu
250 vergrößern, um mehr Milch produzieren zu können. Heute erzielt deren Verkauf
251 kaum noch die Hälfte der Erzeugerpreise. Eine ebenso unrühmliche Rolle spielen
252 dabei die Molkereien, die die Milchbauern entsprechend unter Druck setzen. Die nur
253 wenigen fair bezahlenden Molkereien können sich gleichzeitig nicht mehr vor Milch
254 retten, die sie kaum noch verarbeiten und verkaufen können. Hier muss dringend
255 eine gezieltere Aufklärung der Verbraucher erfolgen. Die wenigsten wissen, unter
256 welchen Bedingungen die vermeintlich billige Milch produziert wird. Will man wirklich
257 Milch von Kühen aus Massentierhaltung ohne Auslauf gefüttert mit genverändertem
258 Soja aus Südamerika, das extrem mit Pestiziden und Herbiziden behandelt wurde?

259 Das wichtigste Steuerungselement des Staates stellt die Subventionspolitik dar. Der
260 Landwirt, der seinen Hof so bewirtschaftet, dass es der Umwelt, den Tieren und
261 insbesondere den abhängigen Menschen nützt und nicht schadet, gehört belohnt
262 und gefördert und nicht derjenige, der das meiste besitzt bzw. gepachtet hat. Nicht

263 der Export in andere Länder, in denen wir durch unsere Billigwaren die dort
264 heimische Landwirtschaft kaputt machen, gehört gefördert, sondern der Absatz vor
265 Ort ohne lange Transportwege und Zwischenhändler. Think global, buy local in
266 anderen EU-Mitgliedsstaaten in der Lebensmittelherstellung durch erzeugende
267 Betriebe schon lange Usus, muss auch bei uns umgesetzt werden. Die Nachfrage
268 nach Bioprodukten zeigt, dass auch der deutsche Verbraucher bereit ist, mehr für
269 qualitativ hochwertige Produkte auszugeben. Die heimische Produktion kann mit der
270 Nachfrage kaum schritthalten, sodass wir die meisten ökologisch produzierten
271 Lebensmittel aus dem Ausland einführen müssen. Biomilch z.B. kommt aus
272 Österreich und Schweden während wir unsere Milch zu Spottpreisen bis nach China
273 schicken. Hier muss noch mehr gezielte Beratung der Landwirte und auch gezielte
274 Förderung stattfinden, um wieder ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage
275 herzustellen.

276 **2.4. Schnellstmögliche Umsetzung der Energiewende**

277
278 Um die Energiewende schnellstmöglich umzusetzen fordern wir Energieeinsparung
279 im öffentlichen und privaten Sektor durch angemessene Maßnahmen zu fördern und
280 zu begleiten. Die Effizienz unserer Kraftwerke muss verbessert werden.
281 Die 100 % Ablösung der fossilen Energieträger muss bis 2050 vollzogen werden.
282 Möglichkeiten dazu gibt es schon heute. Mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Rest-
283 und Abwärmenutzung, Nutzung der Geothermie, um nur einige Beispiele zu nennen,
284 stehen Energielieferanten für jetzt und für die Zukunft zur Verfügung.
285 Wir wollen die CO₂ Neutralität bis 2050 erreichen. Der Ausstieg aus der
286 Kohleverstromung bis 2040 ist unser Ziel.

287
288 Energiegenossenschaften sollen gefördert werden. Die Suche nach dezentralen
289 Lösungen zur Energieversorgung muss Vorrang vor der Abhängigkeit von
290 Energieriesen haben. Die Erforschung und den Einsatz der Wasserstoffspeicherung
291 wollen wir forcieren.

292 Eine Überprüfung der Preisgestaltung einhergehend mit weiteren der
293 Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen muss umgehend
294 stattfinden. Saubere Energie soll für die Verbraucher nicht teurer werden.

295 296 **2.5. Verbraucherschutz (für alle)**

297
298 Wir erwarten eine Unterstützung und Förderung regionaler Versorgung. Des
299 Weiteren muss der Verbraucherschutz so gestaltet sein, dass sich jeder leicht
300 informieren kann und dies nicht nur den gebildeten Schichten vorbehalten ist. Der
301 Kunde muss auf den ersten Blick erkennen können, wo sein Produkt herkommt und
302 nicht nur verarbeitet wurde. Es soll nachvollziehbar werden, ob das Lebensmittel der
303 Gesundheit abträglich sein kann, weil es z.B. mit Pestiziden behandelt wurde oder
304 dafür gentechnisch veränderte Pflanzen verwendet wurden. Der Informationsgehalt
305 der Verbraucherschutzzentralen ist dem allgemeinen Bildungsstand anzupassen
306 und auch auf Wegen zugänglich sein, die im Alltag leicht einzusehen sind.
307

308 **3 „Wege/Rahmenbedingungen“**

309 **3.1 gesetzliche Vorgaben**

310 Die Ziele gesetzlicher Vorgaben müssen darin bestehen, ein Optimum an Umwelt-
311 und Tierschutz mit der Produktion gesunder und wertvoller Lebensmittel für die
312 Verbraucher zu erreichen. Um die Umwelt und insbesondere die Gewässer zu
313 schützen und deren Qualität zu verbessern, bedarf es strengerer Regeln
314 insbesondere bezüglich der Düngung. Sperrfristen zur Ausbringungen der Gülle
315 müssen verlängert, die Einarbeitung dieser muss innerhalb einer Stunde geschehen
316 und die Bilanzierung muss nachvollziehbar und überprüfbar sein. Gerade der Vollzug
317 der Düngeverordnung muss strikt überwacht und Vergehen streng geahndet werden.
318 Eine zentrale Forderung ist deshalb die sogenannte „Hoftorbilanz“, durch die
319 ersichtlich wird, welche Nährstoffe in den Hof kommen und wie sie diesen wieder
320 verlassen. Auch der Maßnahmenkatalog zum Klimaschutzplan 2050 soll zeitnah
321 umgesetzt werden. Besonders der Erhalt und Ausbau von Grünland und
322 Weidehaltung, die Maßnahmen zur Humusbildung, Reaktivierung der Moore und die
323 damit verbundenen CO₂-Bindung sind dringend umzusetzen. Auch auf die Reduktion
324 der Lebensmittelabfälle und der Tierbestände muss der Staat mit gesetzlichen
325 Vorgaben hinwirken, wohingegen die ökologische Landwirtschaft ausgebaut werden
326 soll. Ebenso strengere Regelungen bedarf es bezüglich des Einsatzes von
327 Pestiziden, Herbiziden und Neonikotiniden (sogenannte „Pflanzenschutzmittel“).
328 Deren Einsatz soll mit einer Zusatzabgabe belegt werden, um zu vermeiden, dass
329 beispielsweise die großflächige Verwendung von Glyphosat günstiger ist, als der
330 Einsatz von Egge und Pflug zur Bodenbearbeitung. Die Einnahmen aus dieser
331 Abgabe wären für Umweltschutzmaßnahmen wie Ausgleichsflächen – durch Hecken
332 am Ackerrand - zu verwenden. Auch die Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in
333 Lebensmitteln müssen besser überprüft werden und gegebenenfalls Importe von
334 belasteten Futtermitteln untersagt werden.

335 Die Haltungsbedingungen für Nutztiere sind wieder artgerecht zu gestalten, d.h. sie
336 brauchen ausreichend Platz, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten, um
337 Verhaltensweisen wie Schwanzbeißen zu verhindern. Aus diesem Grund muss die
338 Tierhaltung an eine bestimmte Fläche gebunden sein. In dem Zusammenhang soll
339 auch auf Qualzuchten und „Kükenschreddern“ verzichtet werden. Bei Erkrankungen
340 dürfen nur die kranken Tiere behandelt werden und nicht der ganze Stall
341 prophylaktisch Antibiotika erhalten. Die sogenannten „Reserveantibiotika“ sind der
342 Humanmedizin vorzubehalten. Die Haltungsbedingungen müssen häufiger
343 kontrolliert werden. Landesbehördliche unangekündigte Kontrollen mit einer
344 Mindestzahl an Kontrolleuren müssen sichergestellt sein.
345 Der Transport der Tiere insbesondere zur Schlachtung muss möglichst kurz sein und
346 darf nicht aus Subventionsgründen quer durch Europa erfolgen. Ebenso sollen durch
347 die Polizei mehr Kräfte bereitgestellt werden, die Tiertransporte überprüfen. Die
348 Pelztierzucht lehnen wir in Deutschland grundsätzlich ab.

349 **3.2 Im- und Exportpolitik**

350 Die Deutsche Entwicklungshilfepolitik darf nicht mehr den Interessen des Exportes
351 untergeordnet werden. Damit verbieten sich Exporte in Entwicklungs- oder
352 Schwellenländern von Billiglebensmitteln, die dort die regionale Landwirtschaft
353 schädigen. Entwicklungshilfe soll den Ländern helfen und nicht den deutschen
354 Unternehmen. Dieser Grundsatz muss gesetzlich geregelt werden. Diese Länder
355 sollen auch nicht dazu aufgefordert werden, bestimmte landwirtschaftliche Produkte
356 herzustellen, die ihre eigene Umwelt massiv schädigen, um diese nach Deutschland

357 zu importieren. Zum Beispiel sollte Palmöl, das durch die Abholzung von
358 Regenwäldern produziert wurde, nicht nach Deutschland eingeführt werden dürfen.
359 Gleiches gilt für Gen-Soja, der mithilfe massiver Behandlung mit Glyphosat erzeugt
360 wurde. Wir müssen uns nicht nur um die Umwelt in Deutschland, sondern auf der
361 ganzen Welt sorgen, da wir alle von den Auswirkungen betroffen sind. In diesem
362 Zusammenhang sollten auch die bestehenden Freihandelsverträge mit den
363 Afrikanischen Staaten überdacht und überarbeitet werden. Hier wurden oftmals
364 Bedingungen ausgehandelt, die unseren Lebensmittelexporteurern enorme Vorteile
365 verschaffen. Hermesbürgschaften dürfen nicht erteilt werden, wenn sie das
366 Kohärenzgebot nicht beachten

367 Ebenso muss bei den Verhandlungen zum umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP
368 darauf geachtet werden, dass Lebensmittel aus den USA nicht unseren Markt
369 überschwemmen und damit die Preisspirale noch weiter nach unten drehen, sodass
370 es zu weiteren Existenzbedrohungen der heimischen Landwirtschaft kommt. In den
371 USA sind die Lohnkosten viel niedriger, die Flächen viel größer und der Einsatz von
372 Pflanzenschutzmitteln um ein Vielfaches höher. Durch ein Freihandelsabkommen
373 könnten wir gezwungen werden, weitere mit Schadstoffen belastete Lebensmittel ins
374 Land zu lassen.

375 **3.3 Fördermechanismen**

376 Die wirksamsten Regularien stellen in der Landwirtschaftspolitik die Fördermittel dar.
377 Deutschland schöpft seine Möglichkeiten Mittel in die 2.Säule zu verlegen bei weitem
378 nicht aus. Bei uns sind gerade mal 5,9% der EU-Subventionen in der 2.Säule, in
379 Österreich z.B. mehr als die Hälfte. Langfristig müssen wir wegkommen von der
380 Förderung nach Hektar (1.Säule) zu einer Belohnung für öffentliche Leistungen durch
381 die 2.Säule. Wenn Landwirte, aber auch Lebensmittelbetriebe wie Molkereien,
382 Fördergelder bekommen, so darf dies nicht ohne Gegenleistung und Bedingung
383 erfolgen. Derzeit bezieht der durchschnittliche deutsche Landwirt die Hälfte seines
384 Einkommens aus Subventionen. Diejenigen Landwirte, die durch ihr Handeln die
385 Umwelt schonen, gesunde Lebensmittel produzieren, die Tiere artgerecht und würdig
386 halten, sollen dafür staatliche Leistungen bekommen. Insbesondere der biologischen
387 Lebensmittelproduktion, als der verträglichsten für Natur und Mensch, sollen mehr
388 Fördergelder zur Verfügung gestellt werden, um Anreize zu schaffen, diese
389 Produktion auszuweiten, damit sich mehr Menschen in Deutschland mit gesunden
390 Lebensmitteln ernähren können.

391 **3.4. Bewusstsein schaffen**

392 Neben den notwendigen Veränderungen in den Fördermechanismen der
393 Landwirtschaft muss bei den Endverbrauchern, also den BürgerInnen, Verständnis
394 für einen nachhaltigen Konsum geschaffen werden. Sicherlich ist das angestrebte
395 transparente Kennzeichnungssystem für Inhaltsstoffe (Ampelsystem) ein erster
396 Schritt in die richtige Richtung. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf die
397 vollumfängliche Information über gesundheitsschädliche oder gefährdende
398 Substanzen in seiner Nahrung. Bewusstsein schaffen bedeutet aber nicht nur über
399 die Verpackung der Lebensmittel zu informieren.

- 400 1. Insbesondere müssen staatliche und öffentliche Strukturen der frühkindlichen
401 Bildung, Erziehung und Betreuung dafür Sorge tragen, dass ausschließlich
402 gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel angeboten werden. Darüber
403 hinaus müssen Kitas und Grundschulen darin unterstützt werden,
404 kindgerechte Bildungsangebote zur Ernährung und Gesundheit umsetzen zu
405 können.
- 406 2. Innerhalb der dt. Hochschullandschaft ist in den letzten Jahren das
407 Ökologiestudium einer der attraktivsten Bildungsgänge geworden. Es wäre
408 daher konsequent auch innerhalb der Schullandschaft das Unterrichtsfach
409 Biologie und Ökologie zu verknüpfen, bzw. Ökologie als zusätzliches
410 Wahlfach anzubieten. Innerhalb von Ganztagschulen könnte nachhaltige
411 Ökologie, sowie die Aufklärung über den Status Quo der Produktion durch
412 ergänzende außerschulische Angebote bspw. finanziert durch ein gesondertes
413 Bundesprogramm gefördert werden. Hauswirtschaftsunterricht, in dem der
414 Umgang und die Verarbeitung von Lebensmitteln von der Herstellung bis zum
415 Verzehr gelehrt wird, sollte in allen weiterführenden Schulen fester Bestandteil
416 der Curricula sein.
- 417 3. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz sollte zukünftig besser,
418 umfänglicher und für jeden Bürger transparent über Schadstoffe in
419 Lebensmitteln informieren. Denkbar wäre die Entwicklung einer Verbraucher-
420 APP, welche beim Scan eines Lebensmittelcodes im Supermarkt quasi in
421 Echtzeit eine Unbedenklichkeitsempfehlung oder eine Produktwarnung
422 anzeigen kann.